

# BESCHLUSS

---

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 5. März 2007

---

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat  
am 5. März 2007 beschlossen:

## **Keine neue Spaltung Europas durch Raketenabwehrsystem**

Die Liberalen sind davon überzeugt, dass die Sicherheit in der Welt in erster Linie von gegenseitigem Vertrauen und besser abgestimmten politischen Entscheidungen abhängt. Militär-Technik muss diese Bemühungen unterstützen. Sie darf sie nicht konterkarieren. Die neue Abrüstungsfrage entscheidet sich nicht nur an der Gesprächsbereitschaft der USA, sondern vor allem an der Entschlossenheit und Einigkeit Europas. Europa darf sich nicht spalten lassen.

Die geplante Raketenstationierung in Polen oder Tschechien ist keine bilaterale Angelegenheit von Prag und Warschau auf der einen und Washington auf der anderen Seite. Es geht um die Sicherheit ganz Europas. Deshalb müssen Entscheidungen, die in ihrer Tragweite den gesamten Kontinent betreffen, auch im europäischen Rahmen abgestimmt werden. Die Liberalen halten an dem Ziel einer gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik fest. Der Kontinent darf nicht in einen neuen Aufrüstungswettrüsten hineingezogen werden. Die FDP sieht mit Sorge, dass der Bundesverteidigungsminister das Raketenprojekt voreilig zum gemeinsamen Nato-Projekt erklären möchte. Dieses Vorgehen beschleunigt diesen gefährlichen Prozess eines neuen Wettrüstens.

Der Plan der USA, Tschechiens und Polens, gemeinsam ein strategisches Raketenabwehrsystem in Osteuropa aufzubauen, birgt die Gefahr einer neuen Rüstungsspirale. Die FDP appelliert an die Bundeskanzlerin, eine erneute Spaltung Europas und ein neues Wettrüsten durch entschiedenes Handeln der deutschen Ratspräsidentschaft zu verhindern. Angesichts der gesamteuropäischen Sicherheitsinteressen ist die deutsche EU-Präsidentschaft gefordert. Die Bundeskanzlerin muss sich mit Nachdruck gegen eine außen- und sicherheitspolitische Spaltung Europas wenden.

Die FDP fordert die Bundeskanzlerin auf, das Raketenprojekt beim bevorstehenden Gipfel am 8. und 9. März in Brüssel zu thematisieren. Der Bundesaußenminister muss in dieser Angelegenheit den Dialog mit Washington, Prag und Warschau suchen.